

Altersvorsorge | 31.01.2025 | Nr. 33/25

Ole-Christopher Plambeck: TOP 37: Private Altersvorsorge wird wichtiger denn je!

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Präsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund des demographischen Wandels und durch den massiven Gang der Babyboomer-Generation in die Rente, gibt es immer weniger Beitragszahler und immer mehr Rentenempfänger in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist wichtig und richtig, aber steht immer weiter unter Druck.

Daher müssen wir immer wieder klar machen, dass für eine Absicherung im Alter auch die betriebliche Altersvorsorge und die private Altersvorsorge nicht nur wichtig, sondern notwendig sind. Gerade die private Altersvorsorge wird wichtiger denn je!

Deswegen ist es richtig, die private Altersvorsorge zu stärken und deswegen halten wir einige im Antrag genannten Punkte durch aus für richtig, nämlich die Abgaben auf Kapitalerträge nicht zu erhöhen und auch die Erträge nicht in die Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge einzubeziehen.

Die Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren und Aktien gibt es derzeit nicht. Sie werden im Rahmen der Abgeltungsteuer mit 25 Prozent besteuert. Gewinne aus Verkäufen von Kryptowährungen gelten dagegen als sonstige Wirtschaftsgüter und daher gilt hier die einjährige Spekulationsfrist, aber nicht die Abgeltungsteuer. Gewinne aus Kryptowährungen sind dann mit dem persönlichen Steuersatz zu besteuern. Dieses, sowie die Nachteile beim Thema der Verlustverrechnungsbeschränkung sollten wir angehen.

Die Erhöhung des Sparerpauschbetrages finde ich gut. Wir müssen in diesem Zusammenhang nur aufpassen, dass bei weiteren Erhöhungen, was durchaus eine richtige Maßnahme ist, nicht die Abgeltungssteuer in Frage gestellt wird. Es wird immer wieder versucht, diese abzuschaffen, das darf nicht passieren. Denn es handelt sich nicht um einen reinen Freibetrag, auch wenn es Sparerpauschbetrag heißt, es handelt sich steuersystematisch um einen typisierten Werbungskostenabzug, der 2023 von 801 € auf 1.000 € erhöht wurde. Aber

grundsätzlich ist das ein richtiger Punkt.

Bei der privaten Altersvorsorge gilt vor allem: „Je früher, desto besser!“. Je früher man mit der Sparphase beginnt, umso besser kann man auch mit kleinen monatlichen Beträgen, eine beträchtliche Summe erreichen. Deswegen wollen wir als Union eine Frühstart-Rente einführen. Dafür fördert der Staat für alle 6- bis 18-Jährigen mit 10 Euro pro Monat die individuelle und kapitalgedeckte private Altersvorsorge. So bilden wir für die frühe private Altersvorsorge ein Startvermögen.

Die Vorschläge der SPD dagegen, gehen in die falsche Richtung. Denn im Kern ist der Antrag der SPD Werbung für das Rentenpaket II der gescheiterten Ampel-Bundesregierung.

Mit dem Rentenpaket II wird aber der Generationenvertrag in der Rente aufgekündigt. Die gescheiterte Ampel hat durch das Rentenpaket II weitere Mehrbelastungen von fast 300 Milliarden Euro für Beschäftigte und Unternehmen bis 2039 auf den Weg gebracht. Die Ausgabendynamik bei den Sozialversicherungsbeiträgen wird weiter angeheizt und entzieht der Finanzierung der Rente somit am Ende ihre Grundlage. Denn der Arbeitsstandort Deutschland wird durch immer mehr steigenden Lohnnebenkosten so teuer, dass er weiter seine Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Aber vor allem ist das Rentenpaket II lt. Ifo-Institut schlecht für alle jungen Menschen unter 39 Jahren. Für alle jüngeren Altersgruppen ist der Barwert der zusätzlich zu leistenden Beiträgen höher als der Barwert der zusätzlich zu erwartenden Rentenzahlungen, sie verlieren also durch die Reform.

Wir schlagen vor, beide Anträge in den Finanzausschuss zu überweisen, um dann eine Anhörung durchzuführen.